



Stadtplanung  
Zieglerstrasse 62  
Postfach  
3001 Bern

Bern, 20. November 2014

### **Stellungnahme zum STEK 15**

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP der Stadt Bern begrüsst die Überarbeitung des STEK 95. Sie hat sich intensiv mit den Unterlagen zum STEK 2015 auseinandergesetzt und nimmt zum derzeitigen Projektstand wie folgt Stellung. Wir werden auch die weiteren Schritte bei der Erarbeitung des STEK 15 eng begleiten und zu den jeweiligen Ergebnissen Stellung nehmen.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern

Stefan Jordi  
Co-Präsident

Michael Sutter  
Parteisekretär

**Sozialdemokratische Partei  
Stadt Bern**

Monbijoustrasse 61  
Postfach 1096 · 3000 Bern 23

Telefon 031 370 07 90  
Telefax 031 370 07 81

bern@spbe.ch  
www.spbern.ch



## 1 Allgemeine Bemerkungen

### Zur heutigen Situation in der Stadt Bern: Wohnungsnot und Arbeitsplatzüberhang

In Bern herrscht Wohnungsnot und die Wohnungsmieten steigen. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Bern haben 2014 der Wohninitiative sehr deutlich zugestimmt und damit ein Bekenntnis zu bezahlbarem Wohnraum abgelegt. Der Arbeitsplatzüberhang in Bern führt zu einem hohen Verkehrsaufkommen und damit zu einem ansteigenden Flächenverbrauch der Strassen. Die Nutzungstrennung von Arbeiten und Wohnen führt zusätzlich zu Qualitätseinbussen im Quartierleben. Um dem Arbeitsplatzüberhang entgegen zu wirken, braucht es eine Wohnbauoffensive.

### Vorlage STEK: Nutzungstrennung geht weiter

Die Auswirkungen des STEK95 werden in den neuen Überlegungen zur Stadtentwicklung zu wenig reflektiert. Namentlich fehlt der SP eine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Wohnungsnot, den zunehmenden Wohnungsmietpreisen, dem Erhalt von kostengünstigen Wohnungen und der Nutzungstrennung. Die SP ist der Ansicht, dass das STEK 2015 die Nutzungstrennung ausbaut und die Hierarchisierung von Räumen weiterentwickelt.

### Das Ziel der SP Stadt Bern: „Eine Stadt für alle statt für wenige“

Für die SP dient das STEK 2015 als Grundlage für die Weiterentwicklung von Bern als sozialer Stadt. Benötigt wird dazu eine soziale, nicht nur eine baulich gedachte, Stadtentwicklung. Aufgrund der hohen Kosten und der notwendigen nachhaltigen Nutzung des Bodens muss dabei das Sanieren, Verdichten und Neuerschliessen zwar parallel entwickelt, aber gut aufeinander abgestimmt werden. Das Leben einer Stadt basiert auf der Überlagerung unterschiedlicher Funktionen und auf einem ausreichenden (Leerstandsquote >1%) und qualitativ guten Wohnungsangebot (mit vernünftigen Mieten). Ein funktionierender Mietmarkt und ein hoher Anteil an nicht gewinnorientierten Bauträgern sind Grundvoraussetzungen dafür.

Ein besonderer Fokus ist auf die öffentliche Infrastruktur und auf die öffentlichen Räume zu legen: Der Verlust oder die Privatisierung öffentlicher Räume ist zu verhindern und der steigende Bedarf an öffentlichen Räumen in einer verdichteten Stadt, sowie ihre räumliche Verteilung in der ganzen Stadt, sind dabei zu beachten. Für die multifunktionalen Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Räume (wie z.B. Strassen und Schularealen) müssen partizipative und gestalterische Modelle entwickelt werden, welche die Region miteinbeziehen. Die SP Stadt Bern fordert, dass bei der Erarbeitung des STEK 2015 und in dessen Umsetzung neue partizipative Modelle für die Stadtentwicklung aufzuzeigen sind. Diese haben zum Ziel, dass die Bevölkerung sich mit den städtebaulichen Ansätzen identifizieren kann. Die Baukultur muss bei der baulichen Entwicklung der Stadt ein wichtiger Aspekt sein. Ausserdem ist das STEK 2015 mit einem regionalen Mobilitätskonzept zu verknüpfen.



## **2 Forderungen zu den Schwerpunkten und Teilprojekten des STEK 2015**

### **Allgemeines**

Auf dem Hintergrund der obenstehenden Erläuterungen bringt die SP folgende Anmerkungen und Forderungen zum laufenden Projekt an.

Grundsätzlich fällt bei der Durchsicht des Projektbeschriebs auf, dass im Projektbeschrieb keine expliziten Ziele für die Stadtentwicklung von Bern genannt werden. Die Ziele erschliessen sich indirekt aus den beschriebenen Teilprojekten. Sie werden aber nicht eingeordnet und gewichtet, sondern vielmehr als bereits gesetzt dargestellt. Die Formulierung von Zielen für die Stadtentwicklung ist aus Sicht der SP jedoch ein zentraler Teil des Projekts. Dabei sieht die SP das hauptsächliche Ziel des STEK 2015 in der Entwicklung einer sozialen Stadt mit hoher Lebensqualität.



### **Teilprojekt 1 „Zentrum Bern und funktionale Räume“**

Die SP erachtet es als richtig, Bern im überregionalen Kontext zu betrachten: Bern nimmt eine Zentrumsfunktion für eine Region ein, die über den Kanton Bern hinaus geht und sowohl Richtung Romandie wie auch Richtung Nordwestschweiz reicht. Diese Zentrumsfunktion ist in der Planung zu berücksichtigen. Dass dabei die regionalen Planungsgrundlagen berücksichtigt werden sollen (Grundlagen der RKBM und der Hauptstadtregion) ist korrekt. Nicht einverstanden ist die SP hingegen damit, dass mit der Konzeptionierung der Teilprojekte eine Hierarchisierung der Stadtfunktionen zugunsten der Zentrumsfunktionen vorgenommen wird. Angesichts der Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte mit einem überproportionalen Wachstum der Arbeitsplätze ist insbesondere der Planung von Gewerbe- und Dienstleistungsstandorten bzw. der Festlegung von neuen Entwicklungsstandorten keine derartige Priorität mehr zuzuschreiben.

#### ***Die Forderungen der SP betreffend Teilprojekt 1:***

- Auf eine Hierarchisierung der Funktionen des städtischen Raums ist zu verzichten, die Zentrumsfunktion ist nicht übergeordnet zu anderen Funktionen zu gewichten. Die Entwicklung einer lebenswerten Stadt ist wichtig und entsprechend ist auch die Zentrumsfunktion vor diesem Hintergrund zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Konkret heisst dies: Die Entwicklung von Quartierzentren und die übergeordnete Zentrumsentwicklung werden aufeinander abgestimmt. Dabei steht die Entwicklung von Verkaufsflächen in den Quartieren im Vordergrund, anstatt weitere Einkaufszentren zu realisieren.
- Es ist ein Wechsel vom Planungsansatz der nach Funktion getrennten städtischen Räume (Arbeitsplätze – Konsum – Verkehr – Wohnen – Erholung etc.) zugunsten von Räumen mit integrierten Funktionen vorzunehmen.
- Bei den Aufgabenpunkten des Teilprojekts sind die Aufgabenpunkte drei (Festlegung von Entwicklungsstandorten) und vier (Beurteilung der Auswirkungen) neu auszugestalten und auf das Ziel einer lebenswerten Stadt hin auszurichten.
- Auf die Festlegung von neuen Entwicklungsstandorten allein für die Wirtschaft ist vorerst zu verzichten, da Arbeiten und Wohnen grosse Synergien aufweisen. Im Vordergrund für die planerischen Arbeiten sollen Optimierungsprozesse für die bestehenden Stadträume zugunsten eines nachhaltig verbesserten Zusammenspiels der verschiedenen städtischen Funktionen stehen. Im Vordergrund stehen dabei die Nutzungsansprüche der Bevölkerung.
- Die Nachbargemeinden wie auch die Regionalkonferenz Bern-Mittelland sind als Partner im Planungsprozess miteinzubeziehen. Dabei sind die Entscheidungsprozesse allerdings in Frage zu stellen, z.B. dass das RGSK von der Regionalkonferenz ohne Einsprachemöglichkeiten der Bevölkerung verabschiedet wird.



## **Teilprojekt 2 „Siedlungsentwicklung nach innen und Freiräume“**

Eine innere Verdichtung der Stadt Bern wird begrüsst, wenn es sich nicht nur um eine bauliche, sondern auch um eine soziale und funktionale Verdichtung handelt. Bei der Verdichtung von bestehenden Stadträumen ist auf die Erhaltung und Verbesserung der Qualität des städtischen Raums in allen Funktionen zu achten.

Die SP unterstützt die vier in Teilprojekt 2 aufgeführten Aufgaben. Sie erachtet diese aber nicht als ausreichend, da sie vor allem auf der baulichen Ebene ansetzen und die Möglichkeiten der Verdichtung und besseren Nutzung des bestehenden Raums zu wenig ausnützen. Grundsätzlich sind die sozialen Aspekte der Verdichtung (soziales Umfeld, soziale Netzwerke) stärker zu gewichten.

### ***Die Forderungen der SP betreffend Teilprojekt 2:***

- Bei Verdichtungen ist das Ziel einer erhöhten Nutzungsmischung zu verfolgen. Bei der Planung von Infrastruktur ist zu berücksichtigen, dass diese auch von den Nachbarn genutzt werden kann. Dies beinhaltet auch die verstärkte Nutzung von Infrastruktursynergien (z.B. betreffend Abwärme von Büro- und Gewerbenutzungen).
- Im Hinblick auf die Umsetzung der Wohninitiative muss aufgezeigt werden, welche Areale sich aufgrund der Eigentumsverhältnisse besonders für gemeinnützigen Wohnungsbau eignen und wo die Stadt selbst neue Wohnungen erstellen kann.
- In Verdichtungsräumen sind soziale Interaktionsräume miteinzuplanen.
- Das Verdichtungspotenzial ist flächendeckend zu überprüfen, unter Berücksichtigung der Qualität und der sozialen Funktionen der jeweiligen Stadträume.
- Es ist darauf zu achten, dass verdichtete Räume mit der vorhandenen Infrastruktur (Schulen, Sportanlagen, Freiräume, Strassenraum, öffentlicher Verkehr) in Einklang bleiben oder ausreichend neue Infrastruktur miteingeplant wird.
- Für die innere Verdichtung sind zuerst Standorte mit guter ÖV-Erschliessung vorzusehen.
- Eine Verdichtung ist auch in Gewerbezone zu planen. Die Umnutzung von schlecht oder nicht mehr genutzten Gewerbebeständen und Büroflächen ist konsequenter voranzutreiben und auch seitens des Gewerbes ist konsequenter in die Höhe zu bauen.
- Für Gebäude im Eigentum der öffentlichen Hand wird ein Gebäudebewirtschaftungsprogramm eingeführt.

Die öffentliche Hand (Bund, Kanton, Einwohnergemeinde, Burgergemeinde und öffentlich-rechtliche Unternehmen) prägt den Immobilienmarkt in der Stadt Bern. Die entsprechenden Immobilienabteilungen müssen stärker in die Stadtentwicklung einbezogen werden.



### **Teilprojekt 3 „Stadterweiterung“**

Im Teilprojekt 3 wird Wachstum bei der Wohnbevölkerung und den Arbeitsplätzen als angestrebtes Ziel bereits im ersten Satz erwähnt. Bevölkerungswachstum ist aber kein Ziel an und für sich. Es leitet sich vielmehr daraus ab, dass zur Bekämpfung von Wohnungsnot und steigenden Mieten in der Stadt Bern dringend mehr Wohnraum geschaffen werden muss.

Stadterweiterungen waren in der Vergangenheit die übliche Massnahme zur Begegnung des erwarteten Bevölkerungswachstums. Sie sind konzeptionell und baulich einfacher zu bewerkstelligen als in bestehenden Stadtstrukturen (mit unterschiedlichsten Besitzverhältnissen und Nutzungen) Verdichtungen und Optimierungen des Lebensraums zu erreichen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass Verdichtungen zu Gunsten von Stadterweiterungen vernachlässigt werden. Die SP begrüsst sowohl Verdichtungen als auch Stadterweiterungen, wenn sie einen Beitrag zu einer sozialen Stadt leisten. Mit der verbindlichen Festlegung von Schutzgebieten, freizuhaltenden Grünräumen und Siedlungsgrenzen werden dabei die Chancen für Einzonungen erhöht.

#### ***Die Forderungen der SP betreffend Teilprojekt 3:***

- Die Verdichtung der bestehenden Stadträume ist im Projekt gleichrangig zur Stadterweiterung zu behandeln. Die Stadterweiterung ist auf die Konzepte aus dem Teilprojekt 2 auszurichten und es ist darauf zu achten, dass eine weitere Nutzungsentflechtung verhindert wird.
- Gebiete der Stadterweiterung sind als nutzungsgemischte Räume vorzusehen.
- Stadterweiterungen sind im Rahmen einer Partnerschaft mit Nachbargemeinden und der Regionalkonferenz im Sinne einer regionalen Aufgabe gemeinsam zu planen.
- In der kommenden Planungsperiode ist die Entwicklung des Wohnraums stärker zu gewichten als das Wachstum an Arbeitsplätzen (Erreichen einer besseren Balance).
- Eine Stadterweiterung betreffend Wohngebiete bedingt gut erschlossene Standorte mit Quartiercharakter und ausreichender Infrastruktur, besonders das Vorhandensein von genügend Schulstandorten und einer Dienstleistungsinfrastruktur für den Alltag. Neue Wohnsiedlungen sind an den besten, gut erschlossenen Standorten anzusiedeln.
- Die Entwicklung von städtebaulichen Konzepten (Aufgabenpunkt 2 im Projektbescrieb) darf nicht an gewinnorientierte Unternehmen delegiert werden.
- Bei neuen Siedlungsgebieten ist die Partizipation sowohl in der Planungsphase wie auch in der Umsetzung als handlungsleitendes Prinzip vorzusehen.
- Das STEK 2015 soll unter dem Punkt „städtebauliche Konzepte“ Vorbilder eines sozial nachhaltigen Städtebaus mit nutzungsgemischten Räumen evaluieren und in die Partizipationsprozesse einbringen.
- Die Ergebnisse der Evaluation städtebaulicher Vorbilder und der Partizipation



sind in verbindlichen Vorgaben für die Überbauungsordnungen neuer Stadtgebiete umzusetzen. In den Überbauungsordnungen ist ausserdem die Partizipation bei der Umsetzung als Bedingung festzuhalten.

#### **Teilprojekt 4 „Quartierzentren und Quartierstruktur“**

Die Quartiere sind die wichtigsten Bezugspunkte der Stadtbevölkerung und machen die Identität der Bernerinnen und Berner stark aus. Lebendige Quartiere wirken integrativ und verringern das Verkehrsaufkommen. Sie werden dadurch charakterisiert, dass sie über eine Vielzahl von sozialen Interaktionsmöglichkeiten, gut verteilten Versorgungsangeboten (Läden, Praxen etc.) und Infrastrukturen (Schulen, Bibliotheken, etc.) verfügen. Die drei formulierten Aufgabenpunkte dieses Teilprojekts (Überprüfung Zentren und Versorgungsstruktur Quartiere; Programm zur Stärkung der Quartiersversorgung; städtebauliche Vorschläge) werden von der SP unterstützt.

#### ***Die Forderungen der SP betreffend Teilprojekt 4:***

- Die Räume der sozialen Interaktion in der Öffentlichkeit sind zu erfassen und weiterzuentwickeln.
- Der freie Zugang zu öffentlichen Räumen ist jederzeit zu gewährleisten.
- Die Entwicklung von Quartierzentren und der übergeordneten Zentrumsentwicklung werden aufeinander abgestimmt. Dabei steht die Entwicklung von Verkaufsflächen, die Etablierung von kleinen Dienstleistungsunternehmen des alltäglichen Bedarfs und der Grundversorgung in den Quartieren im Vordergrund, anstatt weitere Einkaufszentren (Bahnhof, Wankdorf, Westside) zu realisieren.
- Die Schulraumplanung ist zwingend in die Arbeiten des STEK 2015 einzubeziehen und dies besonders auch im Hinblick auf die sozialen Funktionen der Schulareale in den Quartieren und auf den benötigten Flächenbedarf.
- Für die Nutzung und Gestaltung der Strassenräume ist ein Mitwirkungsverfahren zu entwickeln und umzusetzen.
- Es ist zu prüfen, ob Parkplätze im öffentlichen Raum anderen Nutzungen zugeführt werden können.



### **Teilprojekt 5 „Mobilität und Gesamtverkehr“**

Das Teilprojekt 5 ist gemäss Projektbeschreibung ganz auf Fragen des Verkehrs ausgerichtet. In diesem Rahmen sind die sechs Aufgabenpunkte des Teilprojekts als stimmig anzusehen.

Was im Teilprojekt bereits angelegt ist, jedoch noch stärker gewichtet werden sollte, ist die breite Betrachtung der Strassen als öffentliche Räume, die von sehr unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichsten Ansprüchen genutzt werden. Strassenräume (Strassen und Plätze) sind nicht nur als Verkehrsanlagen anzusehen, sondern auch als Räume für den Aufenthalt, die soziale Interaktion und für temporäre gewerbliche Nutzungen.

#### ***Die Forderungen der SP betreffend Teilprojekt 5:***

- Die unterschiedlichen Ansprüche der Stadtbevölkerung und unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an die Strassen als öffentlicher Raum sind im STEK 2015 zu prüfen und miteinzubeziehen.
- Die spezifischen Bedürfnisse von mobilitätseingeschränkten Personen (Behinderte, Betagte) und Kindern sind bei der Gestaltung des Strassenraums, von Mobilität und Gesamtverkehr besonders zu berücksichtigen (Schulwege, aber auch andere von Kindern genutzte Verkehrswege brauchen weniger Verkehr, weniger Tempo und mehr Raum auf dem Trottoir).
- Überdimensionierte Verkehrsflächen sind zu reduzieren.
- Der öffentliche Verkehr muss bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Die Verkehrsberuhigung der Strassen in den Quartieren ist weiter voranzutreiben. Dabei sind insbesondere grosse, zusammenhängende Begegnungszonen zu schaffen.
- Die Umlagerung vom motorisierten Individualverkehr hin zum öffentlichen Verkehr, Fussverkehr und Veloverkehr ist zu fördern.
- Wo dank den Verkehrsberuhigungsmassnahmen Lichtsignalanlagen für den Fuss- und Veloverkehr überflüssig geworden sind, sollen diese zurückgebaut werden.
- Es sind Velobahnen als direkte und unterbruchsarme Verbindungen vom Zentrum in die Quartiere und in die Regionsgemeinden zu realisieren.
- Im Zentrum der Stadt Bern müssen zusätzliche Veloabstellplätze realisiert werden.
- Um die Sicherheit der Velofahrenden zu verbessern braucht es breitere, durchgehende Velostreifen.
- Angesichts des hohen Anteils an Haushalten ohne Autobesitz sind die Regelungen zur Parkplatzpflicht neu zu gestalten.
- Betreffend Lärmschutz an den Nationalstrassen sind die notwendigen Massnahmen, die heute in Verzug sind, von den zuständigen Bundesbehörden einzufordern.





### **Querschnittsthemen als übergreifender Projektteil**

Aus Sicht der SP liegt, wie oben dargestellt, das Hauptziel des STEK 2015 in der Entwicklung einer lebenswerten Stadt für alle: benötigt wird eine soziale, nicht nur baulich gedachte Stadtentwicklung. Dazu ist ein ausgebauter Partizipationsprozess zentral. Die bestehenden Gefässe wie Quartierkommissionen sind beizubehalten und mit neuen Methoden zu ergänzen, um einen grösseren Teil der Bevölkerung zu erreichen.

Die regionale Perspektive ist aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung wichtiger als eine rein städtische Betrachtung. Es gilt, dass regional gedacht und gemeinsam mit den Agglomerationsgemeinden geplant und umgesetzt werden muss. Eine regionale Infrastrukturplanung, wie sie im Verkehrsbereich bereits besteht, wäre günstiger und flexibler als eine rein städtische. Eine regionale Perspektive betrifft namentlich:

- die Schulraum- und Sportstättenplanung (städtische Sportanlagen werden durch viele Personen aus der Agglomeration genutzt)
- Wohnraum, Gewerbezone und Naherholungsgebiete, die gemeinsam mit den Nachbargemeinden geplant werden sollten, mit denen die Stadt ohnehin zusammengewachsen ist.

### ***Die Forderungen der SP betreffend Querschnittsthemen:***

- Das STEK 2015 ist auch auf eine soziale Stadtentwicklung und nicht nur eine baulich gedachte Stadtentwicklung auszurichten.
- Die öffentliche Wohnbaupolitik der Stadt ist auf die sozialen Ziele der Stadtentwicklung auszurichten (u.a. durch Erhöhung der Anzahl städtischer Wohnungen, eine soziale Mietpreispolitik und die Ausrichtung auf soziale Durchmischung).
- Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit des STEK 2015 und auf eine soziale Stadtentwicklung sind die Partizipationsmöglichkeiten in der Stadt Bern konzeptuell weiterzuentwickeln – im Sinne eines echten Bottom-up-Ansatzes mit Einbezug einer – im Vergleich zu heute – breiteren Bevölkerungsschicht. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf spezifische Bevölkerungsgruppen (Kinder, Jugendliche, SeniorInnen, Behinderte, MigrantInnen) zu richten. Die Entwicklung einer Kultur der Partizipation im Bereich der Stadtentwicklung soll eine explizite Aufgabe des STEK 2015 sein. Die neu entwickelten Partizipationskonzepte sind in der Umsetzung des STEK 2015 kontinuierlich anzuwenden.
- Mittels Sensibilisierung der Bevölkerung für historische und zeitgenössische Baukultur und öffentliche Wettbewerbsverfahren soll erreicht werden, dass sich die Bevölkerung mit neuen Bauten und städtebaulichen Aspekten identifizieren kann. Das erfordert u.a. auch Mitwirkungsmodelle für die Stadtentwicklung, die Strassennutzung und bei der Steuerung des Wohnungsangebots.
- Die regionale Perspektive ist als Querschnittsthema einzubeziehen, indem die Partnerschaft mit Nachbargemeinden in Planungsfragen weiterentwickelt und fest etabliert wird.